



Bundesministerium
für Gesundheit

GUTE GESUNDHEIT

Darauf kommt es an



Allianz für Gesundheitskompetenz

Gemeinsame Erklärung

Gemeinsame Erklärung

**des Bundesministeriums für Gesundheit,
der Spitzenorganisationen im Gesundheitswesen
und des Vorsitzlandes der Gesundheits-
ministerkonferenz der Länder**

zur Bildung einer

Allianz für Gesundheitskompetenz

A. Hintergrund

Die Digitalisierung und die moderne Wissensgesellschaft schaffen im 21. Jahrhundert ganz neue Möglichkeiten der Information über Gesundheitsfragen und Angebote in einem modernen Gesundheitswesen. Noch nie waren so viele Informationen über unterschiedliche Präventionsangebote, Diagnose- und Therapiemöglichkeiten sowie Hintergrundwissen für Gesundheitsentscheidungen vorhanden wie heute. Für viele Menschen ist es allerdings eine große Herausforderung, sich angesichts dieser steigenden Fülle an Informationen im Gesundheitswesen zurechtzufinden, diese zu bewerten und die richtigen Entscheidungen für eine gesunde Lebensweise, zur Krankheitsbewältigung oder die für sie angemessenen Maßnahmen zu treffen.

Verschiedene Studien weisen für Deutschland erheblichen Nachholbedarf im Hinblick auf die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung nach. Das bedeutet, dass viele Menschen Schwierigkeiten haben, gesundheitsbezogene Informationen zu suchen, zu finden, zu bewerten und die richtigen Entscheidungen für eine gesunde Lebensweise oder zur Krankheitsbewältigung zu treffen. Dies betrifft insbesondere ältere Menschen, Menschen mit chronischer Erkrankung, Menschen mit geringem Bildungsstatus und Menschen mit Migrationshintergrund.

Diese Situation entspricht nicht dem gesundheitspolitischen Leitbild mündiger Bürgerinnen und Bürger, die Ärztinnen und Ärzten und den Fachkräften im Gesundheitswesen als „Experten ihrer selbst“ gut informiert gegenüber treten und Entscheidungen auf dieser Basis gemeinsam mit ihnen treffen. Dieses Leitbild muss aber mehr denn je das Ziel unseres modernen Gesundheitswesens sein, wie es bereits 2003 als eines der Nationalen Gesundheitsziele formuliert worden ist: „Gesundheitliche Kompetenz erhöhen, Patient(inn)ensouveränität stärken“. Es lässt sich nur verwirklichen, wenn wir die grundlegenden Werte der Medizin und der Gesundheitsversorgung, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, allgemein stärken: Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Aufrichtigkeit und Verantwortung.

Diesen Werten, die die besondere Form des Arzt-Patienten-Verhältnisses hervorheben, liegen die durch die Medizin selbst definierten und übergeordneten Werthaltungen zugrunde. Sie bilden die vier Säulen der Medizinethik: Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen, Nicht-Schaden, Fürsorge, Gleichheit. Diese Werte zu leben, ist Aufgabe aller im Gesundheitswesen Tätigen.

Dazu gehört auch, die Bürgerinnen und Bürger stärker in die gesundheitliche Versorgung sowie die ärztliche Diagnostik und Therapie im Sinne einer informierten und gemeinsamen Entscheidungsfindung einzubinden und sie damit auch in ihrer informierten Entscheidung und in ihrer Selbstbestimmung zu stärken. Wir setzen dabei auf die Unterstützung aller im Gesundheitswesen Tätigen. Auch in einem Gesundheitswesen mit hohen technischen Standards und einer hohen Wirtschaftlichkeit kommt es darauf an, dass Menschlichkeit, Zuwendung und Einfühlungsvermögen im Sinne einer besseren und verständlicheren Kommunikation einen zentralen Stellenwert einnehmen. Der Erhalt der Gesundheit und der Verlauf einer Krankheit sowie die Genesung der Patientinnen und Patienten werden hiervon in hohem Maße mit beeinflusst.

Gut verständliche Gesundheitsinformationen können zugleich auch einen entscheidenden Beitrag für mehr Lebensqualität bedeuten. Für 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger steht die Gesundheit bei der Bewertung der Lebensqualität an erster Stelle (Fort-schrittsbericht der Bundesregierung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2012). Außerdem kann die Stärkung der allgemeinen Gesundheitskompetenz zu einem verbesserten Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung beitragen.

Bereits gut verankert sind Maßnahmen rund um Schwangerschaft und Geburt, wie sie im Mutterpass und dem Untersuchungs-Heft für die Kinder festgehalten werden. Auch der Wert von Impfungen für den Einzelnen wie für die Gesellschaft ist über 90 Prozent

der Bevölkerung bewusst. Ebenso ist in allen Altersgruppen das Bewusstsein für die Bedeutung der Mundgesundheit breit verankert. Allerdings stecken noch viele ungenutzte Möglichkeiten für ein besseres Gesundheitsverhalten in Kindergärten, Schulen, Ausbildung und am Arbeitsplatz sowie im weiteren Leben. Der Zusammenhang zwischen Bildung und Lebenserwartung ist eindeutig.

Eine bessere Gesundheitskompetenz kann auch ein wichtiger Baustein sein, um gesundheitliche Ungleichheiten in der Gesellschaft zu verringern. Wir brauchen wirksame, zielgerichtete Maßnahmen zur Förderung von Gesundheitskompetenz, die die gesellschaftlichen Bedingungen des Erwerbs von Fähigkeiten stärken sowie bestehende Schwierigkeiten und Hemmnisse abbauen. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen erfordern dabei besondere Beachtung. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Diesen Zielen dient die Bildung einer Allianz für Gesundheitskompetenz. Erstmals bringt sie alle wichtigen Beteiligten im Gesundheitswesen in dem gemeinsamen Anliegen zusammen, die Gesundheitskompetenz in Deutschland zu verbessern und so auch das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Sie kann sich dabei auf eine Fülle bestehender Ansätze, Instrumente und Initiativen stützen, die im deutschen Gesundheitswesen zur Stärkung der Gesundheitskompetenz und der informierten und gemeinsamen Entscheidungsfindung bereits erfolgreich angewandt werden. In diesem Zusammenhang sind z.B. im Nationalen Krebsplan wesentliche Eckpunkte für die praktische Umsetzung der informierten und gemeinsamen Entscheidungsfindung entwickelt worden. Zudem hat der 118. Deutsche Ärztetag durch seine Beschlüsse für eine bessere und gezieltere Förderung der Kommunikation, insbesondere im Hinblick auf das Arzt-Patienten-Verhältnis, ein deutliches Signal gesetzt.

Die ärztlichen und zahnärztlichen Organisationen sowie die Apotheken, die Krankenhäuser, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen und -organisationen, die Präventionsfachstellen im Suchtbereich, die Verbraucherzentralen, aber auch Universitäten und Verbände bieten umfassende und neue Informationsangebote an. Dazu gehören u.a. sogenannte strukturierte Behandlungsprogramme, Faktenboxen, Internetportale, Patientenschulungen, E-Learning-Modelle, Apps, Coachings oder besondere Bildungsangebote wie etwa die Patientenuniversität. Projekte wie der „Nationale Aktionsplan Gesundheitskompetenz“ befassen sich mit der Wirksamkeit und den (neuen) Möglichkeiten der Vermittlung einer verbesserten Gesundheitskompetenz.

Geeignete Ansätze und Maßnahmen, die in anderen Ländern wie den Niederlanden, Dänemark, der Schweiz oder den USA erfolgreich angewandt werden, können für das deutsche Gesundheitswesen Vorbilder sein. Auch die Weltgesundheitsorganisation sowie deren Europäisches Regionalbüro betonen die Notwendigkeit zur Förderung der Gesundheitskompetenz durch ressort- und organisationsübergreifende Maßnahmen für mehr Gesundheit und Wohlbefinden. Darüber hinaus ist die informierte und gemeinsame Entscheidungsfindung auch gesetzlich verankert, etwa im Patientenrechtegesetz, im Gesetz zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und zur Qualitätssicherung durch klinische Krebsregister, im Gendiagnostikgesetz und im Präventionsgesetz.

B. Zielsetzung

Die Allianz für Gesundheitskompetenz verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel, die bestehenden Ansätze und Maßnahmen der verschiedenen Einrichtungen im Gesundheitswesen zu bündeln, zu stärken und besser aufeinander abzustimmen. Zugleich sollen neue Ansätze und Maßnahmen – auch nach internationalen Vorbildern – entwickelt und bei nachgewiesener Zweckmäßigkeit angewandt werden. Ziel ist es, eine umfassende, bundesweite Strategie zur Förderung von Gesundheitskompetenz zu entwickeln. Dazu sollen auch weitere sozialpolitische und zivilgesellschaftliche Einrichtungen in die Strategien zur Stärkung der Gesundheitskompetenz eingebunden werden mit dem Ziel, bürgernahe Maßnahmen für die Menschen vor Ort zu entwickeln, umzusetzen und langfristig zu verankern.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden drei Handlungsfelder für die Praxis ausgewählt:

1. Die allgemeine Gesundheitskompetenz der Bevölkerung durch Gesundheitsbildung stärken

Die Bürgerinnen und Bürger sollen in ihrer allgemeinen Informations- und Gesundheitskompetenz durch Maßnahmen der Gesundheitsbildung und Informationsbewertung gestärkt werden. Entsprechend sollen in allen Altersgruppen Kenntnisse zur Einschätzung, Bewertung und Nutzung von Gesundheitsinformationen vermittelt werden. Auch Wissen über Versorgungsprozesse und -strukturen sowie über die Vielzahl möglicher Hilfeangebote ist wichtig für die Vermittlung von Gesundheitskompetenz. Damit sollte bereits in jungen Jahren begonnen werden. So bieten sich insbesondere die Lebenswelten wie Kindertagesstätten, Schulen, Betriebe, Freizeit-, Erwachsenenbildungs-, Gesundheits-

oder Senioreneinrichtungen an, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Gesundheitskompetenz sollte Bestandteil von Bildungs- und Lehrplänen von Kindertagesstätten, allgemeinbildenden Schulen und Weiter- und Fortbildungseinrichtungen sein. Medien sollten so gestaltet sein, dass sie den Zugang zu qualitativ hochwertiger, transparenter und zuverlässiger Information ermöglichen. Mit der Förderung des gesundheitsorientierten Handelns sollen die Menschen so in die Lage versetzt werden, ihre gesundheitlichen Anliegen wahrzunehmen und zu vertreten.

2. Wissenschaftlich abgesicherte Informationsangebote – insbesondere im Internet – bündeln und allgemein verständlich aufbereiten

Informationen zur Gesundheit und zum Gesundheitswesen sollen laufend gesammelt, gesichtet, aktualisiert, an den anerkannten Stand des Wissens angepasst, ergänzt und in der Umsetzung bewertet werden. Sie sollen insbesondere digital gebündelt und verständlich aufbereitet werden. Die Vielschichtigkeit des Gesundheitswesens soll für die Bürgerinnen und Bürger dadurch verständlicher und das Angebot an Informationen besser als Grundlage für Entscheidungen jedes Einzelnen nutzbar gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, wissenschaftlich gesicherte und zugleich allgemeinverständliche Entscheidungshilfen, gerade auch für Patientengruppen mit geringem Gesundheitswissen, zu entwickeln und zu verbreiten. Dabei sollen zielgruppengerechte Informationsangebote in einem angemessenen und bedarfsgerechten Text-Bild-Verhältnis bereitgestellt werden. Die Informationen sollen für die Patientinnen und Patienten leicht auffindbar sein.

3. Die Kommunikationskompetenz in der Aus-, Weiter- und Fortbildung fördern

Die Aus-, Weiter- und Fortbildung aller im Gesundheitswesen Tätigen soll sich stärker als bisher im Sinne der oben dargestellten allgemeinen ethischen Werte an allgemein verständlicher Kommunikation, an „sprechender Medizin“ und adressatenangemessener Informationsvermittlung ausrichten. Von der Ausbildung bis zum Versorgungsalltag sollen geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der kommunikativen Kompetenzen getroffen werden. Dies bezieht sich auf jede Form der Beratung, Information und Aufklärung in der Behandlung sowie in der primären, sekundären und tertiären Prävention. Dazu gehört, umfassend und leicht verständlich über Vor- und Nachteile sowie mögliche Risiken von Diagnostik und Therapie aufzuklären sowie über Früherkennungs- und Untersuchungsmethoden und Therapien unabhängig, wissenschaftlich begründet und umfassend zu beraten. Hierzu sind geeignete Rahmenbedingungen in allen Gesundheitseinrichtungen zu schaffen.

C. Umsetzung

Bei ihrem Treffen am 19. Juni 2017 in Berlin haben sich

- das Bundesministerium für Gesundheit
- die Gesundheitsministerkonferenz der Länder
- der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege
- die Bundesärztekammer
- die Bundeszahnärztekammer
- die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V.
- die Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.
- die Deutsche Krankenhausgesellschaft
- der Deutsche Pflegerat e.V.
- der Gemeinsame Bundesausschuss
- der GKV-Spitzenverband
- die Kassenärztliche Bundesvereinigung
- die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
- der Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.
- der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

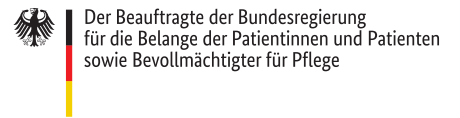
darauf verständigt, eine Allianz für Gesundheitskompetenz zu bilden. Diese Allianz ist eine Kooperations- und Koordinierungsinitiative. Sie dient der Stärkung der allgemeinen Gesundheitskompetenz, der besseren Kommunikation zwischen den im Gesundheitswesen Tätigen und den Patientinnen und Patienten sowie der informierten und gemeinsamen Entscheidungsfindung. Die Beteiligten erarbeiten für ihren jeweiligen Zuständigkeits- und Regelungsbereich entsprechende Empfehlungen und Maßnahmen zu den oben dargestellten drei Handlungsfeldern und setzen diese nach Information der anderen Beteiligten in ihrem Bereich eigenverantwortlich um.

Dazu gehören insbesondere

1. die Unterstützung der Durchführung regelmäßiger umfassender Untersuchungen zum Gesundheitsinformationsbedarf und Informationsverhalten. Das gilt vor allem für Menschen mit geringer Gesundheitskompetenz. Auf dieser Grundlage werden zielgruppengerechte und an die Lebenswelten angepasste Gesundheitsinformationsangebote und Maßnahmen der Gesundheitsbildung mit dem Ziel der Förderung von Gesundheitskompetenz entwickelt und umgesetzt.
2. der Aufbau eines nationalen digitalen Gesundheitsportals, das der Vernetzung bestehender qualitätsgesicherter Angebote dient. Ziel soll es sein, den Zugang zu wissenschaftlich überprüften Gesundheitsinformationen von der primären Prävention über die Behandlung bis hin zur Nachsorge und Palliativmedizin zu ermöglichen. Das Bundesministerium für Gesundheit wird dieses Projekt in Abstimmung mit den auf diesem Feld maßgeblichen Einrichtungen und den Partnern der Allianz für Gesundheitskompetenz gezielt fördern und vorantreiben. Darüber hinaus sollen vorhandene Entscheidungshilfen angepasst und neue Informationen, die für den Nutzer von Bedeutung sind, entwickelt werden. Sie sollen im Gesundheitswesen so umgesetzt werden, dass eine regelmäßige Bewertung der Wirksamkeit möglich ist.

3. die Weiterentwicklung der Aus-, Weiter- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung von Lehrplänen zur Verbesserung der kommunikativen Fähigkeiten und zielgruppengerechten Beratung in der Aus-, Weiter- und Fortbildung aller im Gesundheitswesen Tätigen. Dabei sollen Aspekte der besseren Kommunikation und gemeinsamen Entscheidungsfindung herausgestellt werden.

Zur Abstimmung wird beim Bundesministerium für Gesundheit eine Steuerungsgruppe eingerichtet, der jeweils ein/e Vertreter/in der beteiligten Einrichtungen angehört. Die Steuerungsgruppe wird regelmäßig – mindestens einmal jährlich – tagen und die Ergebnisse der eingeleiteten Empfehlungen und Maßnahmen bewerten. Geplant ist darüber hinaus eine wiederkehrende Veranstaltung, die die Arbeit der Allianz für Gesundheitskompetenz einer breiten Öffentlichkeit vorstellt und dazu beiträgt, die gewonnenen Erkenntnisse in der Fläche umzusetzen.



Herausgeber:

Bundesministerium für Gesundheit
11055 Berlin

Stand:

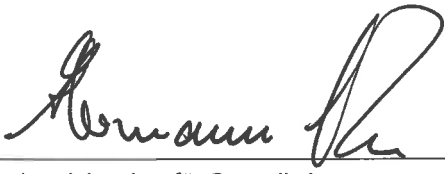
19.06.2017

Titelfoto:

[istockphoto.com/KeithBishop](https://www.istockphoto.com/KeithBishop)

www.bundesgesundheitsministerium.de





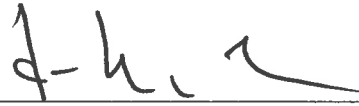
Bundesministerium für Gesundheit



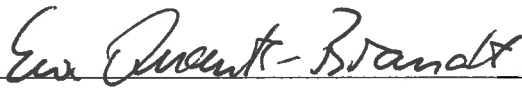
Deutscher Pflegerat e.V.



Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege



Gemeinsamer Bundesausschuss



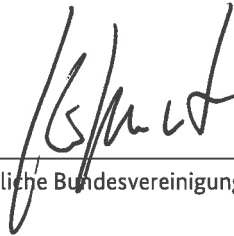
Gesundheitsministerkonferenz der Länder



GKV-Spitzenverband



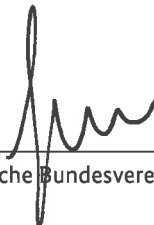
ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V.



Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung



Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.



Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung



Bundesärztekammer



Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.



Bundeszahnärztekammer



Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.



Deutsche Krankenhausgesellschaft